

Hans-Hartwig Blomeier

Chile 1997 – Die Parlamentswahlen im aktuellen politischen Kontext

Am 11. Dezember 1997 fanden in Chile Parlamentswahlen statt, bei denen alle 120 Mandate der Abgeordnetenkammer und 20 der 38 gewählten Senatssitze (Regionen II, IV, VI, VIII, X, XII und Metropolitana) neu zu besetzen waren. Das weiter unten detailliert dargestellte Ergebnis dieser Wahl im Kontext der chilenischen Realität zu analysieren ist Gegenstand dieses Beitrages.

■ Politische Lage

Im März des Jahres 1997 erreichte die Regierung von Staatspräsident Frei die 'Halbzeit' ihres sechsjährigen Mandates, weshalb eine Zwischenbilanz der politischen Ziele und des tatsächlich Erreichten angebracht ist. Diese Zwischenbilanz erhält durch die Parlamentswahlen und damit durch das politische Votum der Bevölkerung eine zusätzliche Note, wobei nicht nur indirekt die Akzeptanz der Regierungskoalition bewertet, sondern auch bereits die (politischen) Zukunftsperspektiven in Richtung Präsidentschaftswahlen 1999 und Regierungswechsel 2000 beeinflusst werden.

Die innenpolitische Lage war und ist geprägt von den Bemühungen der Regierung, durch essentielle Reformen des politischen Systems die Demokratisierung des Landes zu festigen und zu vertiefen.

Hinsichtlich der Bewertung durch die Bevölkerung ist interessant, daß bei einer Umfrage im Großraum Santiago¹⁾ die Regierungspolitik Frei's insgesamt eine Zustimmung von 48,2 Prozent erfährt (2,8 Prozent mehr als im März 1997) und sich damit auf diesem Niveau stabilisiert hat (gemessen am Zeitraum

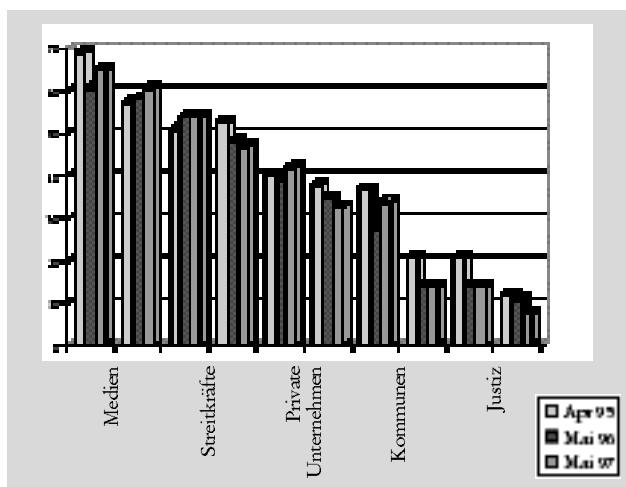
In einem Klima, welches gekennzeichnet ist von wirtschaftlichem Wachstum, latenten sozialen Spannungen und mühsamen Fortschritten bei der Festigung der Demokratie, fanden am 11. Dezember 1997 Parlamentswahlen in Chile statt. Dabei wurde die Regierungskoalition *concertación* zwar bestätigt, mußte jedoch erstmals seit der Rückkehr zur Demokratie leichte Verluste hinnehmen. Innerhalb der Opposition kam es zu einer deutlichen Stärkung des rechten Flügels. Als besorgnisregendes Anzeichen von Politikmündigkeit und Politikverdrossenheit ist der hohe Anteil von Wahlenthaltungen bei Jugendlichen einerseits und der gegenüber den vorangegangenen Wahlen seit 1989 deutlich angestiegene Anteil der Protestwähler (ungültige Stimmzettel) andererseits zu werten.

- 1) Umfrage ADIMARK veröffentlicht am 15.11.97 in *La Época*.
- 2) Vergl. Umfrage ADIMARK 15.11.97, *La Época* und Umfrage DESUC-COPESA vom Mai 1997 veröffentlicht in PAL Bitácora Legislativa Nr. 235, 8-12-September 1997.

1994-1997). Was die einzelnen Sektoren angeht, bestehen jedoch deutliche Unterschiede²⁾: Der mit Abstand positivste Bereich ist der der internationalen Beziehungen, welcher konstant mit über 70 Prozent als gut bis sehr gut bewertet wird. Andere Bereiche hingegen erfahren eine mehr oder weniger deutliche negative Tendenz im Zeitraum März 96 bis November 97 (ADIMARK) bzw. März 95 bis Mai 97 (DESUC-COPESA): Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt, Korruption, Drogen, Armutsbekämpfung. Bei der Sektorbeurteilung mit dem deutlichsten positiven Trend wird bei DESUC-CPOESA der Bereich der öffentlichen Bauten bewertet (+ 12 Prozent), ein Ergebnis, welches u.a. die hohe Popularität des amtierenden Ministers und Präsidentschaftskandidaten der PS/PPD Ricardo Lagos erklärt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen (s. Grafik 1)

■ Chile 1995-1997
Institutionelle Bewertung



Quelle: Daten aus DESUC-COPESA 1997, veröffentlicht in *PAL Bitácora Legislativa* Nr. 238, 10/97, eigene Grafik.

Diese Bewertung zeigt, daß auch hier die Regierung eine relativ hohe Akzeptanz von rund 40 Prozent erfährt, demgegenüber aber die anderen politischen Institutionen wie Parlament und Parteien deutlich abfallen.

Politische Reformen

Im Bereich der politischen Reformen sind zwei Elemente hervorzuheben: zum einen die (erneut) gescheiterte Verfassungsreform zur Abschaffung der sogenannten designierten Senatoren (ein wirksames

politisches Blockade-Relikt aus der Pinochet-Ära) und die erfolgreiche Verabschiedung einer umfassenden Reform des Justizwesens.

Nach einem in der Abgeordnetenkammer zunächst erfolgreichen Versuch Ende April, wo der Abschaffung der *designados* mit eindeutiger Mehrheit (92 zu 15 Stimmen) bei leichter Modifizierung (d.h. Erhöhung des notwendigen Quorums bei Verfassungsänderungen von vier Siebteln auf drei Fünftel) zugestimmt wurde, scheiterte der Anlauf im Senat jedoch zum dritten Mal nach 1992 und 1995 bei der Abstimmung an den Stimmen der 'harten' Opposition von UDI, designierten Senatoren und einem Großteil der RN.

Die Regierung wird nun voraussichtlich im März 1998 mit einem neu formierten Kongreß und neu ernannten designierten Senatoren (zwei vom Präsidenten, drei vom Obersten Gerichtshof und vier vom Nationalen Sicherheitsrat) und eventuell geänderten Mehrheitsverhältnissen einen weiteren Versuch unternehmen, dessen Erfolgssäussichten im wesentlichen von der neuen Zusammensetzung des Senates (s. weiter unten) abhängen werden.

Die Bedeutung dieser Diskussion, die in der Öffentlichkeit nur mit begrenztem Interesse wahrgenommen wird, liegt v. a. darin, daß die Reformbemühungen der Regierung häufig durch die im Senat vorhandenen Mehrheiten der rechten Opposition blockiert werden, die sich über die designierten Senatoren ein Instrument geschaffen hat, welches die im Wahlprozess erreichten eindeutigen Mehrheiten der *concertación* (wie in der Abgeordnetenkammer sichtbar) im Senat konterkarieren.

Erfolgreich hingegen konnte die schon von einigen als „Jahrhundertreform“ gefeierte Reform des Justizwesens in Chile in beiden Kammern verabschiedet werden. Es ging dabei um die Reform des mehr als hundert Jahre alten Strafrechtssystems. Vorgesehen ist dabei u.a. die Einführung des Mündlichkeitsprinzips und die Einrichtung einer zentralen Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen durchführen kann, die bislang in den Händen der Richter lagen und damit zu unzumutbaren Verzögerungen bei Gerichtsverfahren führten.

Weitere Initiativen in diesem Zusammenhang ziehen auf eine Begrenzung des Höchstalters für Richter

auf 75 Jahre sowie eine Erhöhung der Richterzahl des Obersten Gerichtshofes von 17 auf 21 und die Demokratisierung des Nominierungsverfahrens.

Ausschlaggebend für den Erfolg waren in diesem Fall die zähen und langwierigen Verhandlungen v. a. der Justizministerin Soledad Alvear, der es letztlich jedoch gelang, die erforderlichen Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses für die Reform zu gewinnen.

Diese positive Entwicklung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit wurde jedoch von Krisen im Justizapparat überschattet.

Es ging dabei einerseits um die Verwicklung von Justizbeamten in den Fall des Drogenchefs Mario Silva Leiva alias 'Cabro Carrera', wobei der Berufungsrichter Marcial García Pica den in Untersuchungshaft sitzenden Drogenboss gedeckt haben soll. Abgeordnete der oppositionellen UDI forderten daraufhin den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, Servando Jordán, zum Rücktritt auf.

Ein entsprechender formaler Antrag im Parlament fand letztlich keine Mehrheit. Insgesamt versetzte diese Affäre jedoch der Glaubwürdigkeit der Richterschaft und des Justizsystems einen empfindlichen Schlag.

Zu einer weiteren innenpolitischen Kraftprobe entwickelt sich der Fall der sogenannten Colonia Dignidad mit ihrer sektenähnlichen Struktur und Handlungsweise, die Fragen nach der Handlungsfähigkeit der Justiz und der Polizei in dieser Sache aufgeworfen haben, insbesondere nachdem auf Grund individueller Klagen wegen sexuellen Mißbrauchs Minderjähriger Haftbefehl gegen den Anführer der Colonia, Paul Schäfer, erlassen wurde.

Zahlreiche, zum Teil massive Polizeieinsätze und Razzien in der Colonia blieben jedoch bisher ohne nennenswerten Erfolg, so daß Paul Schäfer weiterhin auf freiem Fuß ist und sich der Justiz in Chile wie auch in Deutschland entzieht. Gravierend ist und bleibt, daß Schäfer und die Colonia Dignidad offensichtlich weiterhin prominente und einflußreiche Fürsprecher in Politik und Militär haben (die Verdachtsmomente bezüglich Folterungen in der Colonia während der Militärdiktatur halten sich hartnäckig), wenn auch festzustellen ist, daß nach der formalen Anklage einige der Senatoren der rechten Parteien

Schäfer inzwischen öffentlich aufgefordert haben, sich der Justiz zu stellen.

Ein weiteres wesentliches politisches Reformvorhaben, die vor gut einem Jahr eingeleitete Reform des Erziehungswesens, ist hingegen bisher nur sehr zähflüssig vorangekommen. Durch die Erhöhung der Stundenzahl und Verbesserung der Curricula sollte v. a. eine qualitative Steigerung erreicht werden. Mit der Übertragung der Verantwortung für die Grundschulausbildung an die Kommunen (zusammen mit der Basisgesundheitsversorgung) wurde jedoch eine politische Krise heraufbeschworen, die inzwischen in einer offenen Konfrontation zwischen Kommunen und Zentralregierung über die Finanzierung dieser Dienste gipfelt, ohne daß eine Lösung in Sicht wäre.

Verhältnis Militärs-Zivilgesellschaft

Auch nach acht Jahren demokratischer Regierung gehört das Verhältnis der Militärs zur Zivilgesellschaft, insbesondere zur Regierung, zu den sensiblen Feldern der chilenischen Politik. Im Vorfeld des 1998 anstehenden Rücktritts von General Augusto Pinochet kam es dabei in den letzten Monaten des Jahres 1997 zu wichtigen Veränderungen bis hin zu ernsthaften Belastungen zwischen Regierung und Militärs. Hintergrund waren die eingangs erwähnten Ernennungen der designierten Senatoren (von denen vier vom Obersten Sicherheitsrat ernannt werden), die turnusgemäß anstehenden Entscheidungen über die Beförderungen in den verschiedenen Waffengattungen und die nach seinem Rücktritt zu erwartende Ernennung Pinochets als Senator auf Lebenszeit.

Durch die Rücktritte der Oberkommandierenden von Luftwaffe (General Fernando Rojas Vender), Marine (Admiral Jorge Martínez Busch), Polizei (General Fernando Cordero) und Heer (General Augusto Pinochet) wurden die Spekulationen darüber angeheizt, wer letztlich als designierter Senator vom Nationalen Sicherheitsrat ernannt werden würde. Als relativ sicher (da es auch hier zu Gesprächen und Konsensbemühungen kam) gelten derzeit Martínez Busch (Marine), Fernando Cordero (Cábineros), Julio Canessa (Heer) und Ramón Vega (Luftwaffe). Die wohl spannendste Frage war jedoch die nach der Nachfolge Pinochets als Oberkommandierender des Heeres. Während lange Zeit sein un-

mittelbarer Stellvertreter General Garín als sicherer Kandidat galt, war die Ernennung General Ricardo Izurietas durchaus eine Überraschung. Izurieta, von Pinochet selbst dem Präsidenten vorgeschlagen und von diesem ernannt, wurde von allen politischen Sektoren des Landes ausdrücklich begrüßt. Er hat den Ruf eines tadellosen Karrieresoldaten, ohne jede Zweifel hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen, und stellt auf Grund seines Alters (Mitte 50) *de facto* einen Generationswechsel dar. General Garín gilt damit als der große Verlierer, da er weder als Nachfolger Pinochets noch als designierter Senator seine Karriere fortsetzen kann und nun in den Ruhestand tritt.

Ein Kontrapunkt war dann jedoch ebenfalls im November die Ablehnung der Beförderung des Brigadier Jaime Lepe (Vorschlag Pinochets) zum General durch Staatspräsident Frei, der damit seine Führungsautorität unterstrich. Hauptargument waren die schwelenden Vorwürfe einer unmittelbaren Beteiligung Lepes an der Ermordung des spanischen Diplomaten Carmelo Soria während der Militärdiktatur im Jahr 1976. Diese Ablehnung kam dennoch überraschend und schwächte entscheidend die Position des Verteidigungsministers Pérez Yoma, der dieser Beförderung schon zugestimmt hatte. Nachdem sein Rücktrittsgesuch zunächst abgelehnt wurde, erfolgte wenige Tage später jedoch die Bestätigung, daß Pérez Yoma den Posten des Botschafters in Argentinien annehmen werde, wodurch automatisch die (sensible) Frage seines Nachfolgers aufgeworfen wurde. Gegenwärtig sind Namen wie die des amtierenden Botschafters in Washington, John Biehl, und des Staatssekretärs des Heeres, Mario Fernández, im Gespräch (beide Christdemokraten).

Fazit dieser Veränderungen in den militärischen Führungspositionen bleibt, daß nach den Parlamentswahlen und nach seinem Rücktritt im März 1998 mit Pinochet fünf hochrangige und unmittelbar mit der Militärdiktatur in Verbindung stehende ehemaligen Militärs im Senat sitzen werden. Dies unterstreicht einmal mehr die Besonderheiten der chilenischen *transición democrática*: Auf der einen Seite ist die hinsichtlich demokratischer Legitimation fragwürdige Zusammensetzung des Senates zu nennen

und auf der anderen Seite durch den Rücktritt dieser Militärs ein weiterer (psychologisch wichtiger) Schritt hin zu einer stärkeren Normalisierung der Verhältnisse.

Außenpolitik

Die Bemühungen der chilenischen Regierung, ihre außenpolitischen Beziehungen zu intensivieren und zu diversifizieren, halten weiter an. Dabei liegt das Interesse Chiles neben guten Beziehungen zu den USA (Frei-Reise im Februar mit Rede vor dem US-Kongreß) auch bei den Beziehungen zu Europa (Frei-Reise nach Frankreich im April und gegenseitige Besuche und Konsultationen zahlreicher Delegationen von und nach Europa), Asien (Frei-Besuch in Japan Ende August anlässlich der Feiern zum 100-jährigen Bestehen der bilateralen diplomatischen Beziehungen Chile-Japan) und Lateinamerika.

Das 11. Gipfeltreffen der Präsidenten der Rio-Gruppe Ende August in Asunción löste durch die Entscheidung der USA, Argentinien zu einem „privilegierten Verbündeten außerhalb der NATO“ (aliado extra OTAN) zu deklarieren, beim chilenischen Nachbarn Argwohn und deutliche Verstimung aus und hat die Diskussion um den noch bestehenden Grenzkonflikt (Campos de Hielo Sur) sowie die Vorwürfe der militärischen Aufrüstung neu entfacht. Diese Ankündigung traf mehr oder weniger zeitgleich mit dem Besuch des argentinischen Staatspräsidenten Menem in Chile zusammen, in dessen Kontext diese Angelegenheit diskutiert werden konnte. Auf der Ebene der Außenminister der USA, Chiles und Argentiniens konnte inzwischen jedoch ein Agreement in dieser Angelegenheit erarbeitet werden.

Vorausblickend stellen nun der inneramerikanische Gipfel im April 1998 in Santiago mit Teilnahme Bill Clintons sowie das Lateinamerikanisch-Europäische Gipfeltreffen im Jahr 1999 die nächsten internationalen Höhepunkte dar.

Die Beziehungen zur Europäischen Union haben auf Grund der kulturellen Verflechtungen sowie der regionalen Integrationsbemühungen einen besonderen Stellenwert. Dies zeigen nicht nur das intensive politische Besuchsprogramm: Frei in Frankreich, Besuche von Sir Leon Brittan (GB), Minister Pique

(Spanien), dem stellvertretenden Premierminister Veltroni (Italien) sowie aus Deutschland u.a. der Bundesminister Wissmann, Schmidt-Jortzig und Rexrodt (November), verschiedener Bundestagsdelegationen (Finanzausschuß, Ausschuß für Post und Fernmeldewesen), des Ministerpräsidenten Stoiber, des Umweltministers Goppel (Bayern) und des Wirtschaftssenators Rittershaus (Hamburg).

Auch auf wirtschaftlicher Ebene stellen das vor einem Jahr abgeschlossene Rahmenabkommen EU-Chile (mit Perspektive eines Freihandelsabkommens) und das zur Ratifizierung anstehende Investitionschutzförderungsabkommen Chile-Deutschland wichtige Instrumente dar, um die bilateralen und multilateralen Beziehungen zu fördern.

■ Wirtschaftliche Situation

Binnenmarkt

Die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft, sowie das Entstehen neuer Märkte und Absatzmöglichkeiten bewirken auch einen weltweiten Standortwettbewerb. In ihm hat das Schwellenland Chile nach Aussagen des Wirtschaftsprofessors Horst Siebert (Weltwirtschaftsinstitut Kiel) beste Chancen auf hohe Wachstumsraten.

Bei einem Vortrag in der CEPAL³⁾ lobte Prof. Siebert den chilenischen Vorstoß, das System der Altersversorgung mit dem Kapitaldeckungsverfahren eingeführt zu haben, was die Lohnnebenkosten senke. Dieses System findet mittlerweile in ganz Lateinamerika Anhänger.

Das anhaltende Wirtschaftswachstum (durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr), die relativ niedrige Inflation, Exportüberschüsse der nationalen Firmen halten bislang das Bild eines lateinamerikanischen Tigers aufrecht.

Dagegen kommt ein im Juni in Santiago durchgeführtes Seminar mit internationalen Wirtschaftsexperten und Wallstreet-Analysten aus New York zu dem Schluß, daß das Bild von Chile als dem 'Tiger Lateinamerikas' stark angekratzt ist. Chile läuft Gefahr, seine Vorreiterrolle zu verlieren, wenn es nicht dringend nötige Reformen einleitet. Ein ernstes Problem sehen die Experten im geringen Mehrwert bei Exportprodukten von Primärgütern und die daraus

3) Bei einem vom Goethe-Institut und der CEPAL organisierten Kolloquium in Santiago am 19.5.1997.

resultierende Abhängigkeit der Exporterlöse von schwankenden Weltmarktpreisen.

Diese Skepsis wird im übrigen von der Bevölkerung geteilt. In einer Umfrage⁴⁾ vom August des Jahres schätzten 35 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage als schlecht, 15 Prozent als gut und 49 Prozent als weder schlecht noch gut ein. In der gleichen Umfrage schätzten 50 Prozent der Befragten die Armut als das wichtigste von der Regierung zu lösende Problem ein (gegenüber 42 Prozent vom Zeitraum November/Dezember 96).

Hinzu kommen weitere Schwachstellen wie Infrastrukturdefizite, die vom chilenischen Bauverband mit 15 Millarden US-Dollar beziffert werden. Das Pro-Kopf-Einkommen des vergleichbaren asiatischen Tigers Singapur liegt fünfmal höher als das von Chile (ca. 5.100 US-Dollar).

Die Ausgaben Chiles für Bildung rangieren mit 106 US-Dollar/pro Kopf/Jahr von 46 Ländern auf Platz 37. Singapur oder Taiwan geben 764 US-Dollar bzw. 688 US-Dollar pro Kopf im Jahr für Bildung aus. Im Vergleich dazu investiert das Nachbarland Argentinien 305 US-Dollar in Bildung seiner Bürger. Chile verwendet für die Erarbeitung von Schultexten im Jahr drei Millionen US-Dollar, im Vergleich dazu gibt Malaysia 40 Millionen US-Dollar für die Herstellung von Schultexten aus.

Ein weiteres gravierendes Element sind die zunehmenden Umweltschädigungen, die mit dem aktuellen wirtschaftlichen Wachstumsmodell verbunden sind. Sowohl der Kupferbergbau im Norden als auch die Holz- und Fischereiproduktion im Süden sind mit z.T. gravierenden ökologischen Konsequenzen verbunden. Hier fehlt es an konsequenteren Umweltauflagen sowie einer Stärkung der mit der Überwachung betrauten Behörden, da andernfalls mittelfristig Produktionseinbußen und kurzfristig Handelshemmnisse auf Grund internationaler Umweltauflagen bei der Vermarktung zahlreicher Produkte zu erwarten sind.

Außenwirtschaft

Die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kanada ist vom chilenischen Senat vorläufig zurückgestellt worden. Die rechte Opposition kanalisierte somit die Kritik des Nationalen Landwirtschafts-

4) Centro de Estudios Pùblicos
CEP, veröffentlicht am
2.8.1997 in *El Mercurio*.

verbandes (SNA), die entschieden gegen das Abkommen ist, da sie bereits unter den Folgen des MERCOSUR-Abkommens zu leiden habe.

Die baldige Unterzeichnung wird dennoch in chilenischen Kreisen als „historisches Ereignis“ gewertet. Das Abkommen enthält Zollerleichterungen für landwirtschaftliche Produkte, Primärgüter, Kapital und Dienstleistungen sowie Kooperationsangebote im Umweltbereich.

Das Interesse der Öffentlichkeit daran, über die mit einigen frustrierten Neuversuchen gestarteten NAFTA-Verhandlungen Chiles in 1997 über ein Fast-track-Verfahren in den nordamerikanischen Dreierbund USA-Kanada-Mexiko aufgenommen zu werden, hat deutlich abgenommen. Positive Wirkungen hatte auch nicht die Rede des Präsidenten Frei im Februar vor dem amerikanischen Kongreß. Eine starke Lobby in den USA gegen dieses Abkommen sind zahlreiche US-Gewerkschaftsverbände, die in der Aufnahme eines weiteren lateinamerikanischen Landes (Stichwort: Lohn-Dumping) eine Gefährdung für amerikanische Arbeitsplätze sehen.

Soziale Spannungen

Die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Chilenen ist zwischen 1995 und 1997 um 4,3 Prozent gesunken. Dies belegt die neueste sozioökonomische CASEN-Studie, welche alle zwei Jahre vom chilenischen Planungsministerium MIDEPLAN durchgeführt wird. Sie definiert Armut über einen Warenkorb, der augenblicklich mit 170.000 chilenischen Pesos⁵⁾ für eine fünfköpfige Familie beziffert wird. Der Studie zufolge gab es Ende 1996 3,3 Millionen Arme, das entspricht etwa 23,2 Prozent der Gesamtbevölkerung. 5,8 Prozent leben in extremer Armut, d.h. sie sind nicht in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Die Kluft in der Einkommensverteilung hat sich aber verschärft, so erhält das obere Fünftel der Bevölkerung ca. 60 Prozent des Gesamteinkommens, während sich das untere Fünftel mit nur vier Prozent am Einkommen zufrieden geben muß.

Rund 45 Prozent der unter 15-jährigen leben in Chile in Armut und rund 13 Prozent der zwischen 12- und 14-jährigen verrichten regelmäßige Kinderarbeit.⁶⁾

5) Der aktuelle Wechselkurs DM-chil. Peso liegt bei 1:240 (Anfang Dezember 1997)

6) Zur detaillierteren Analyse der sozialen Situation einschließlich statistischer Daten vergl. MIDEPLAN Realidad Económica-Social de los Hogares en Chile, Juli 1996 und MIDEPLAN Balance de seis años de las políticas sociales 1990-1996, August 1996.

■ Die Parlamentswahlen

Verfassung und Wahlrecht

Gemäß der chilenischen Verfassung besteht der Kongreß aus zwei Kammern: Das Abgeordnetenhaus (Cámara de Diputados) und der Senat (Cámara de Senadores).

Das Abgeordnetenhaus besteht aus 120 Mitgliedern, die in 60 Wahlkreisen jeweils auf vier Jahre gewählt werden. Der Senat hingegen setzt sich aus 38 gewählten, neun designierten und (nach dem Rücktritt Pinochets) einem auf Lebenszeit gewählten Senator zusammen⁷⁾. Insgesamt macht dies 48 Senatoren. Die Wahlbezirke entsprechen hier den 13 Regionen des Landes, wobei 6 Regionen in Zwei Wahlbezirke aufgeteilt sind.

Die Wahl der Senatoren erfolgt auf jeweils acht Jahre, wobei die Wahl versetzt erfolgt, d.h. alle vier Jahre wird rund die Hälfte der Senatoren neu gewählt, wobei dies nach geraden und ungeraden Bezeichnungen der Regionen erfolgt⁸⁾. Im Falle der Wahl 1997 stand die Wahl der Senatoren in den geraden Regionen einschließlich der Region Metropolitana sowie die Ernennung der designierten Senatoren an.

Die neun zu designierenden Senatoren werden 15 Tage nach der Parlamentswahl nach folgendem Verfahren ernannt:

Durch den Obersten Gerichtshof:

- zwei ehemalige Mitglieder des Obersten Gerichtshofes
- ein ehemaliger Vorsitzender des Rechnungshofes (Contraloría General)

Durch den Nationalen Sicherheitsrat (Consejo Nacional de Seguridad) :

- Jeweils ein ehemaliger Oberbefehlshaber des Heeres, Luftwaffe, Marine und ein Generaldirektor der Polizei (Carabineros), die jeweils mindestens zwei Jahre im Amt gewesen sein müssen

Durch den Staatspräsidenten:

- ein ehemaliger Rektor einer staatlichen oder staatlich anerkannten Universität, mindestens zwei Jahre in Folge im Amt
- ein ehemaliger Staatsminister, mindestens zwei Jahre ununterbrochen im Amt, allerdings nicht in der amtierenden Regierung

7) Dieses Recht ist Ex-Präsident Patricio Aylwin verwehrt, da er nicht die laut Verfassung verlangte sechsjährige Amtszeit erfüllt hat, sondern lediglich vier Jahre (1990-1994) amtierte.

8) Chile ist in insgesamt 13 Regionen aufgeteilt, von Norden nach Süden in die I. bis XII. Region; hinzu kommt als XIII. Region der Großraum Santiago

In Chile herrscht das sogenannte binominale Wahlsystem. Von den Parteien der *concertación* heftig kritisiert als „den Wählerwillen verzerrend“, sieht dieses vor, daß pro Wahlbezirk jeweils zwei Abgeordnete und zwei Senatoren gewählt werden. Dabei ist die Stimmenzahl bzw. der prozentuale Anteil pro eingetragener Liste ausschlaggebend. Die jeweils meistgewählten Kandidaten der beiden Listen mit dem höchsten Stimmenanteilen ziehen in den Kongreß ein. Damit erhält – in einem extremen Fall – die erste Liste, die 66,66 Prozent der Stimmen auf sich vereint, ebenso nur einen Abgeordneten wie die zweite Liste, die 33,34 Prozent der Stimmen erzielt.

Dieses System favorisiert ohne Zweifel die erste Minderheit (d.h. gegenwärtig die rechte Opposition) zu Lasten der Mehrheit (gegenwärtig die *concertación*) und verhindert die parlamentarische Präsenz kleinerer Parteien bzw. Listen. Insbesondere innerhalb der *concertación*, d.h. der Koalition aus vier Parteien, kommt deshalb der koalitionsinternen Verhandlung über die Kandidatenaufstellung große Bedeutung zu, um die Wählerstimmen möglichst auf die aussichtsreichsten Kandidaten zu vereinen, da jede Liste pro Wahlbezirk nur zwei Kandidaten benennen kann. Bei der rechten Opposition mit nur zwei Parteien ist dies logischerweise kein wesentliches Problem.

Die laut Wahlrecht einzige Möglichkeit, daß beide Kandidaten einer Liste gewählt werden, besteht darin, die Stimmenzahl der nachfolgenden Liste zu verdoppeln (doppelte Stimmenanzahl plus 1).

Zum Vergleich verdeutlicht die nachfolgende Tabelle 1 die Ergebnisse der landesweiten Wahlen (Parlaments- und Kommunalwahlen zwischen 1989 und 1996⁹⁾:

9) Anzumerken ist dabei, daß sich die Zahlen der Parlamentswahlen jeweils nur auf die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Cámara de Diputados) beziehen, da – mit Ausnahme des Jahres 1989 – der Senat jeweils nur teilweise erneuert wird und somit die Wahl nicht landesweit erfolgt.

**I Zurückliegende
Wahlergebnisse in Chile
1989-1996**

	Wahl zum Abgeord- netenhaus 1989 in Prozent ***	Kommu- nalwahl 1992 in Prozent *	Wahl zum Abgeord- netenhaus 1993 in Prozent *	Kommu- nalwahl 1996 in Prozent *
Partido Demócrata Cristiano (PDC)	32,50	28,94	27,12	26,04
Partido por la Democracia (PPD)	13,30	9,20	11,84	11,75
Partido Socialista (PS)	5,00	8,56	11,93	10,60
Partido Radical Social Demócrata (PRSD) **	5,00	5,33	3,77	6,51
Unabhängige Concertación	4,20	1,30	0,74	1,18
Zwischensumme Concertación	60,00	53,33	55,40	56,08
Renovación Nacional (RN)	24,20	13,45	16,31	18,55
Unión Democrática Independiente (UDI)	10,00	10,18	12,11	12,96
Unabhängige Unión por el Progreso de Chile	5,80	5,97	5,05	0,99
Zwischensumme Unión por el Progreso de Chile	40,00	29,60	33,47	32,50
Unión de Centro Centro Progresista (UCCP)	0,00	8,10	3,21	0,18
Partido Comunista (PC)	0,00	6,55	4,99	5,10
Unabhängige/Sonstige	0,00	2,42	2,93	6,14
Gesamt	100,00	100,00	100,00	100,00

* Quelle: Ministerio del Interior 1997 über homepage <http://www.elecciones97.cl>

** Bei den Wahlen 89, 92 und 93 noch getrennt als Partido Radical und Partido Socialdemocracia Chile angetreten, Zahlen hier summiert

*** Quelle: Corte Electoral, veröffentlicht in *KAS-Auslandsinformationen* 4/1994, Hofmeister, Wilhelm: Wahlen und Regierungswechsel in Chile

Parteien und Koalitionsblöcke

Die Ausgangslage für die bei dieser Parlamentswahl 1997 beteiligten Parteien war recht unterschiedlich:

Für die Mitgliedsparteien der Regierungskoalition *concertación* war auf der einen Seite ein gutes Gesamtergebnis als Bestätigung der Regierungspolitik wichtig und auf der anderen Seite das interne Kräftemessen mit Hinblick auf die Präsidentschaftskandidaturen für die Wahl 1999 von Bedeutung.

Dabei wurde immer wieder auch mit den in der o.a. Tabelle 1 erkennbaren Zahlen argumentiert, an Hand derer die *concertación* insgesamt ein stabiles und im Zeitraum 1992 bis 1996 leicht steigendes Ergebnis aufweist, wobei insbesondere die PDC jedoch seit 1989 einen leichten, aber erkennbaren Abwärts-trend erfährt.

Bei der Diskussion um die Aufstellung der Kandidaten innerhalb der *concertación* waren zudem die sogenannten *subpactos*, d.h. die koalitionsinternen Blöcke PPD/PS auf der einen und PDC/PRSD auf der anderen Seite, von Bedeutung. Insbesondere die

Verhandlungen zwischen PDC und PRSD zogen sich eine Weile hin, wobei man sich letztlich darauf einigte, daß die PDC in insgesamt 5 Distrikten zum Abgeordnetenhaus auf eigene Kandidaten verzichtete (1993 waren dies noch 12 Distrikte) und statt dessen hier die PRSD Kandidaten unterstützen würde. Nicht einigen konnte man sich hingegen bei der Senatswahl in der VI. Region. Hier traten zudem zwei emblematische Persönlichkeiten gegeneinander an: PDC-Generalsekretär Rafael Moreno und PRSD-Vorsitzender Anselmo Sule.

Insgesamt gelang es der PDC jedoch, das Verhandlungsergebnis so zu gestalten, daß sie gegenüber der Wahl 1993 in mehr Distrikten mit eigenen Kandidaten vertreten sein würde und dies allein schon das Wählerpotential für die PDC erhöhen könnte, um so den genannten Abwärtstrend auffangen zu können.

Dies spielt wegen der die Parlamentswahlen begleitenden Frage nach den Präsidentschaftswahlen bzw. -kandidaten eine wichtige Rolle.

Während für den Block PS/PPD die Kandidatur des derzeitigen Ministers für öffentliche Bauten Ricardo Lagos eine ausgemachte Sache zu sein scheint, hat die PDC ihre Entscheidung vorerst auf einen Zeitpunkt nach den Wahlen vertagt. Die heftigen internen Auseinandersetzungen, bei denen sich der neue Parteivorsitzenden Enrique Krauss im April/Mai des Jahres gegen seinen Kontrahenten Gutenberg Martínez (Präsident der Abgeordnetenkammer) in zwei ausgesprochen knappen Wahlgängen mit nur rund einem Prozent Vorsprung durchsetzen konnte, haben die PDC viel Kraft und interne Reibungsverluste gekostet. Die innere Einheit der Partei ist angeschlagen, zumal sich die Blöcke permanent in den Parteigremien (Vorstand) gegenüberstehen und ihre Differenzen auch weiterhin über die Presse austragen. Mit näher rückendem Wahltermin schien sich jedoch die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns (vorläufig) über die internen Differenzen hinwegzusetzen.

Die oben erwähnte Entscheidung der PDC, die Definition des eigenen Präsidentschaftskandidaten auf 1998 zu verschieben, hat im wesentlichen zwei Gründe: erstens sollte sich die Partei ganz auf den Parlamentswahlkampf konzentrieren können und zweites sollten die Ergebnisse der Wahlen selbst ein

gewisses Barometer für die internen Kräfteverhältnisse sein. Dabei spielt natürlich eine Rolle, daß vier der fünf für dieses Amt inoffiziell genannten Personen Kandidaten bei den Parlamentswahlen waren: Andrés Zaldívar stellte sich zur Wiederwahl als Senator für Santiago Poniente, Enrique Krauss erstmalig als Abgeordneter in Santiago Centro, Alejandro Foxley als Senatskandidat in Santiago Oriente und Gabriel Valdés als Senator für eine Wiederwahl in der X. Region. (Hinzu kommt Jaime Ravinet als Bürgermeister des Innenstadtdistrikts Santiago Centro).

Unklar sind jedoch noch die Verfahren bei der Nominierung des PDC-Präsidentenwahlkandidaten und auch bei der Definition des (derzeit zumindest angestrebten) gemeinsamen Spitzenkandidaten der *concertación* (also der Entscheidung zwischen Lagos und dem PDC-Kandidaten). Dies wird dann ohne Zweifel 1998 zum wichtigsten koalitionsinternen Thema avancieren.

Für die rechten Parteien in der Koalition Pacto Unión por Chile kann man auch von einem internen Kräftemessen sprechen; sowohl was die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien RN und UDI betrifft als auch die damit in Verbindung stehenden politischen Linien: Auf der einen Seite der moderate/liberale Flügel der RN und auf der anderen Seite der harte rechte Kern der UDI.

Personifiziert wurde diese Auseinandersetzung in gewisser Weise durch die Konkurrenz zwischen Andrés Allamand (Vorsitzender der RN und Vertreter des moderaten/liberalen Flügels) und Carlos Bombal (UDI) für einen Senatssitz im Distrikt Santiago Oriente. Und auch bei der rechten Opposition spielte die Frage der Präsidentschaftskandidaturen offensichtlich eine Rolle: Für Allamand war in diesem Sinne ein gutes Ergebnis der Senatswahl ausschlaggebend, um im Rennen zu bleiben, für seinen parteiinternen Mitbewerber Piñera logischerweise das Gegenteil. Von Seiten der UDI scheint man hingegen deutlich auf Joaquín Lavín zu setzen, den mit überwältigender Mehrheit (über 77 Prozent) bei der Kommunalwahl 1996 zum Bürgermeister des Stadtteils Las Condes (reichster Distrikt Santiagos) gewählt und in den Umfragen mit steigender Tendenz genannt.

- 10) Ein erster Vorgeschmack auf diese Auseinandersetzungen war die Ankündigung Lavíns seine Präsidentschaftskandidatur nicht notwendigerweise von parteipolitischen Beschlüssen der RN und UDI abhängig machen zu müssen, und die darauf folgenden heftigen öffentlichen Entgegnungen und Kommentare dieser beiden Parteien in *La Época* vom 3. und 4. 12. 1997.
- 11) Damit als einzige Liste in allen Wahlbezirken des Landes mit Kandidaten präsent.

Allerdings wird es auch hier 1998 zu nicht unerheblichen koalitionsinternen Spannungen kommen, denn auch für die rechte Opposition ist klar, daß sie sich, wenn überhaupt, nur mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten ernsthafte Chancen bei den Wahlen 1999 ausrechnen kann¹⁰⁾.

Eingeschrieben waren bei dieser Parlamentswahl insgesamt fünf Listen (die Zuordnung der Listenbezeichnung mit Buchstaben erfolgte per Losentscheid):

Liste A

- Partido Humanista
- Insgesamt 101 Kandidaten (11 für den Senat, 90 für die Abgeordnetenkammer)

Liste B

Pacto Unión por Chile

- Renovación Nacional RN
- Unión Democrática Independiente UDI
- Partido del Sur

Insgesamt 138 Kandidaten (19 für den Senat, 119 für die Abgeordnetenkammer)

Liste C

Concertación de Partidos por la Democracia

- Partido Demócrata Cristiano PDC
- Partido Radical Social Demócrata PRSD
- Partido Socialista PS
- Partido por la Democracia PPD

Insgesamt 140 Kandidaten (20 für den Senat, 120 für die Abgeordnetenkammer)¹¹⁾

Liste D

Lista de la Izquierda“

- Partido Comunista PC
- Nueva Alternativa Popular Socialista NAPS

Insgesamt 96 Kandidaten (10 für den Senat, 86 für die Abgeordnetenkammer)

Liste E

Chile 2000

- Unión de Centro Centro Progresista UCCP
- Partido Centro Liberal PCL

Insgesamt 31 Kandidaten (sechs für den Senat, 25 für die Abgeordnetenkammer)

Hinzu kamen zwei unabhängige Kandidaten, die in keiner Liste eingeschrieben waren.

Damit bewarben sich insgesamt 442 Kandidaten für die 120 Sitze des Abgeordnetenhauses, darunter 81 Frauen (18,3 Prozent). Für die 20 zu wählenden Senatsplätze standen 66 Kandidaten zur Verfügung, unter ihnen zehn Frauen (15,15 Prozent).

Dies macht insgesamt 508 Kandidaten. Gegenwärtig sind im chilenischen Kongress insgesamt 12 weibliche Abgeordnete (neun in der Abgeordnetenkammer, drei im Senat) vertreten, was einem Anteil von 7,5 Prozent bzw. 6.25 Prozent entspricht.

Der Wahlkampf

In seinem Kommentar in der Zeitschrift *Qué Pasa*¹²⁾ schrieb der Kolumnist Eugenio Tironi unter der Überschrift 'Guerra de Galanes' (Krieg der *telenovela*-Schauspieler): „In diesem Wahlkampf geben die Kandidaten keine Hinweis auf die Partei oder Koalition der sie angehören: jeglicher Hinweis bezüglich ihrer (partei)politischen Identität wurde absichtlich eliminiert“. Sein satirischer Hinweis, daß ein ausländischer unbefangener Besucher meinen könnte, daß es sich bei der Werbung auf den Straßen um eine Werbung für „Zahnpasta, Sonnencreme, Supermärkte“ oder um diejenige eines „Kinofilms, Fernsehprogramms etc.“ handeln könne, ist in der Tat auch bei ernsthafter Betrachtung nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wie schon im Kommunalwahlkampf 1996 war auch bei dieser Wahl ein außerordentlich starker Personenbezug bei gleichzeitig kaum bzw. gar nicht erkennbarem Parteibezug vorherrschend. Ausnahme war hier lediglich die PDC, die sich zumindest um ein einheitlicheres Erscheinungsbild bemühte, was jedoch letztlich auch nicht überzeugend gelang. Die Überfrachtung mit Plakaten jeder Größe im Straßenbild in den letzten sechs Wochen vor der Wahl war von reduzierter Kreativität und nachlassendem Einfallsreichtum geprägt, was auch für die Fernseh- und Radiowerbung zutraf.

Besonderes Augenmerk galt der Fernsehwerbung, da den Parteien per Gesetz eine bestimmte Sendezeit (in Sekunden und Minuten exakt gemessen) in einem Zeitraum von vier Wochen vor der Wahl zustand.

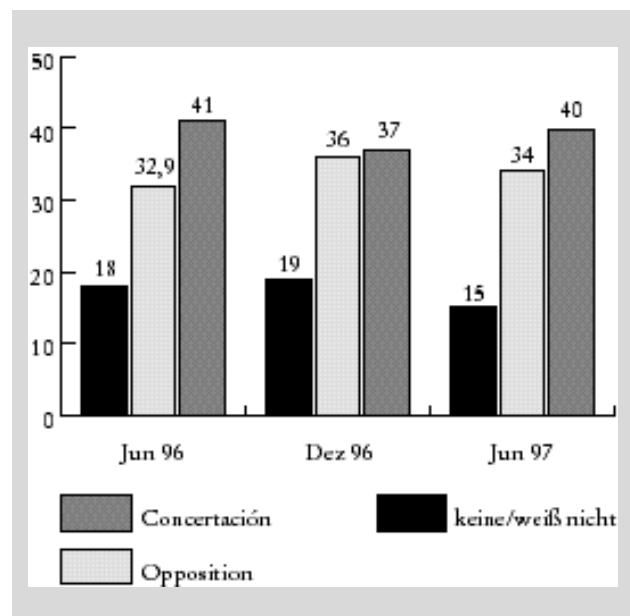
12) Ausgabe Nr. 1391 vom 6.12.1997.

Innerhalb der *concertación* entzündete sich die Debatte insbesondere daran, ob ein Teil dieser Zeit als gemeinsamer koalitionsbezogener Spot produziert werden sollte, was letztlich am Widerstand der PDC scheiterte, die hier eine zu deutliche Werbung für Lagos befürchtete, was der Werbespot der PS/PPD letztlich auch bestätigte, da hier in einer Bildersequenz Aylwin-Frei-Lagos mehr als deutlich suggeriert wurde, wer der zukünftige Staatspräsident Chiles sein sollte.

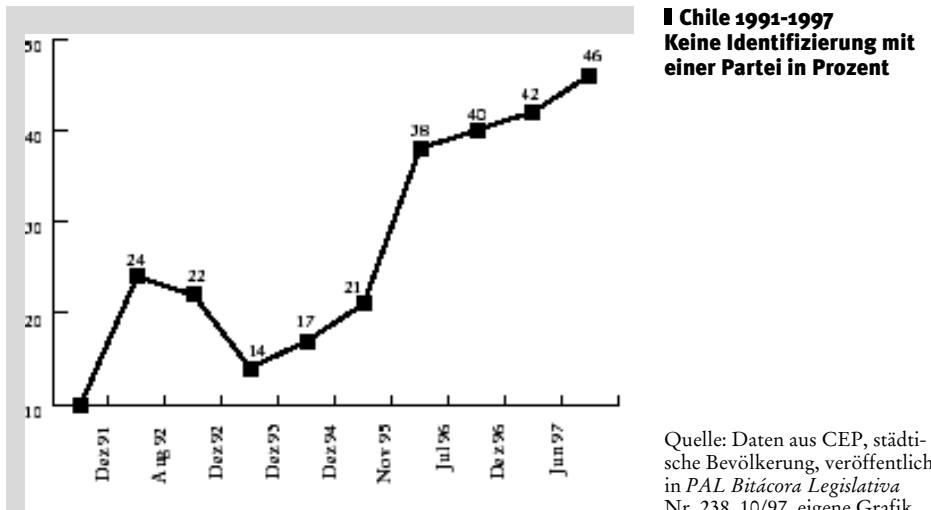
Ansonsten war jedoch auch die Fernsehwerbung einfallslos und wenig ansprechend, was für alle Parteien galt, also unabhängig den für die Produktion verfügbaren finanziellen Mittel. Dies reichte von romantischen Landschaftssequenzen der UDI über Krisenszenarios der RN bis hin zu wenig überzeugenden Sequenzen der *concertación*, die so erfolglos versuchte, die medienwirksame und erfolgreiche Werbekampagne des Plebiszits von 1988 und der Wahl 1989 zu kopieren. Politische oder gar programmatische Inhalte waren so gut wie nicht erkennbar.

Die geringe bis nicht erkennbare parteipolitische Affiliation, wie von Tironi angemerkt, hat jedoch auch einen konkreten Hintergrund, wie nachfolgende Grafiken zeigen:

**■ Chile 1991-1997
Identifizierung mit politischen Blöcken in Prozent**



Quelle: Daten CEP 1997,
veröffentlicht in PAL Bitácora
Legislativa Nr. 24, 11/97,
eigene Grafik.



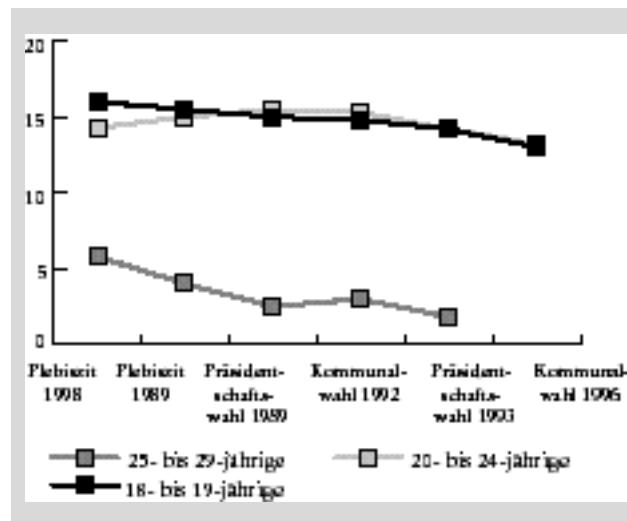
Quelle: Daten aus CEP, städtische Bevölkerung, veröffentlicht in *PAL Bitácora Legislativa* Nr. 238, 10/97, eigene Grafik.

Der in beiden Fällen deutlich erkennbare Trend in diesen Umfragen, daß die Zugehörigkeit oder auch nur das Zugehörigkeitsgefühl bzw. die Identifikation bei der chilenischen Bevölkerung mit einer bestimmten politischen Partei oder Richtung deutlich abgenommen hat, ist sicherlich ein Grund, der die Wahlstrategen bewogen hat, die Werbung so eindeutig auf Personen zu beziehen. Besonders besorgniserregend ist dabei v. a. der von Dezember 1991 bis Juni 1997 (Grafik 3) zu verzeichnende Anstieg um mehr als das Doppelte ihres Wertes.

Ein weiterer, viel kommentierter Trend ist die steigende Apathie Jugendlicher hinsichtlich des politischen Geschehens, gemessen an der Bereitschaft, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen¹³⁾. Auch hier ist in den letzten Jahren ein deutlicher Abwärtstrend erkennbar, wie Grafik 4 deutlich zeigt. Im Jahr 1997 lag die Zahl der Jugendlichen, die wahlberechtigt waren, sich aber nicht in die Wählerlisten haben eintragen lassen, bei rund 1,5 Millionen!

13) In Chile ist man nicht mit der Volljährigkeit automatisch als wahlberechtigt registriert. Dies erfolgt über eine freiwillige Einschreibung in Wählerlisten, auf Grund derer man dann wahlberechtigt ist.

■ Chile 1989-1996 Einschreibungen in Wählerlisten



Quelle: Daten aus Servicio de Registro Electoral, veröffentlicht in PAL Bitácora Legislativa Nr. 23, 9/97, eigene Grafik.

14) Quelle: Ministerio del Interior Chile, homepage <http://www.elecciones97.cl>.

15) Durch Eintrag in die Wählerlisten.

Insgesamt werden die Zahlen vom Innenministerium bezüglich der Einschreibungen für diese Parlamentswahl 1997 offiziell wie folgt angegeben¹⁴⁾:

	potentiell wahlberechtigt	effektiv wahlberechtigt ¹⁵⁾	Anteil in Prozent
Frauen	4.931.946	4.194.988	85,06 Prozent
Männer	4.695.245	3.882.755	82,70 Prozent
Gesamt	9.627.200	8.077.743	83,91 Prozent

Hier gelang es den Parteien und Kandidaten ganz offensichtlich nicht, den in der Grafik 4 erkennbaren Trend aufzuhalten, was verbunden mit den Studentenprotesten im Frühjahr und den jüngsten Wahlen der Studentenvertretungen an den wichtigsten Universitäten Chiles, die allesamt (einschließlich und erstmalig der katholischen Universität) von kommunistischen Gruppen gewonnen wurden, zeigt, daß sich eine Kluft zwischen zunehmendem Protest und Unzufriedenheit Jugendlicher auf der einen Seite und der Akzeptanz und Vertrauen derselben in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien auf der anderen Seite auftut.

Wahlergebnis

Der Wahltag selbst verlief ruhig und geordnet und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Hinsichtlich der Wahlbeteiligung wurden folgende Zahlen ermittelt:

Das vorläufige amtliche Endergebnis für die Wahl zum Abgeordnetenhaus lautet¹⁶⁾:

	alt (1993)			neu (1997)			Differenz		
	Prozent	Sitz	Stimmen	Prozent	Sitz	Stimmen			
Concertación									
PDC	27,12	35	1.827.373	22,98	39	1.317.441	-4,14	4	-509.932
PPD	11,84	16	798.206	12,55	16	719.575	0,71	0	-78.631
PS	11,93	15	803.719	11,10	11	636.357	-0,83	-4	-167.362
PRSD ¹⁷⁾	3,77	2	254.214	3,13	4	179.701	-0,64	2	-74.513
Unabhängige Concertación	0,74	0	49.764	0,79		45.288	0,05	0	-4.476
GESAMT Concertación	55,40	68	3.733.276	50,55	70	2.898.362	-4,85	2	-834.914
Pacto Unión por Chile									
RN	16,31	31	1.698.852	16,78	23	962.247	0,47	-8	-136.605
UDI	12,11	14	816.104	14,43	17	827.334	2,32	3	11.220
Unabhängige Pacto Unión por Chile	4,85	4	326.772	4,66	6	267.236	-0,19	2	-59.536
Partido del Sur	0,20	0	13.422	0,36	1	20.635	0,16	1	7.213
GESAMT Pacto Unión por Chile	33,47	49	2.255.150	36,23	47	2.077.442	2,76	-2,00	-177.708
PC	4,99	0	336.034	6,86	0	393.523	1,87	0	57.489
Partido Humanista	1,01	0	67.733	2,91	0	166.569	1,90	0	98.836
UCCP	3,21	1	216.639	1,19	1	68.185	-2,02	0	-148.454
Unabhängige/sonstige	1,92	2	130.027	2,26	2	129.633	0,34	0	-394
GESAMT sonstige	11,13	3	750.433	13,22	3	757.910	2,09	0	7.477
TOTAL	100,00	120	6.738.859	100,00	120	5.733.714	0,00	0	-1.005.145

16) Bekanntgegeben um 13:25 h vom 12.12. durch das Ministerio del Interior, homepage <http://www.elecciones97.cl>, eigene Zusammenstellung.

17) Bei den Wahlen 1993 traten PR und PSD noch getrennt an, hier der Einfachheit halber addiert.

Wahlberechtigt durch Eintrag in die Wählerlisten:
8.077.743

Quelle: Ministerio del
Interior, homepage
<http://www.elecciones97.cl>.

	Abgeordnete Stimmen	in Prozent	Senat Stimmen	in Prozent
Ungültige Stimmzettel	943.235	13,53	632.538	12,56
Nicht ausgefüllte Stimmzettel	295.581	4,24	220.945	4,39
Gültige Stimmen	5.733.714	82,23	4.184.447	83,06
Gesamtstimmen	6.972.530	100,00	5.037.930	100,00

Bei der Teilerneuerung des Senats kam es zu folgenden Gesamtergebnis:

Ergebnisse der Wahlen zur Teilerneuerung des chilenischen Senats vom 11. 12. 1997

	Stimmen	in Prozent	Sitze
Concertación			
PDC	1.223.495	29,24	10
PPD	180.468	4,31	0
PS	609.725	14,57	1
PRSD	75.680	1,81	0
Unabhängige Concertación	0	0	0
GESAMT Concertación	2.089.368	49,93	11
Pacto Unión por Chile			
RN	620.799	14,84	2
UDI	717.919	17,16	3
Unabhängige Pacto Unión por Chile	193.137	4,62	4
Partido del Sur	0	0	0
GESAMT Pacto Unión por Chile	1.531.855	36,62	9
PC	352.327	8,42	0
Partido Humanista	92.880	2,22	0
UCCP	17.725	0,42	0
Unabhängige/sonstige	100.292	2,39	0
GESAMT sonstige	563.224	13,45	0
TOTAL	4.184.447	100,00	20

Diese Ergebnisse führen zu folgender neuen Sitzverteilung in beiden Kammer des Kongresses¹⁸⁾:

18) Bei den Senatssitzen sind die neu gewählten und verbleibenden Sitze zusammengefaßt.

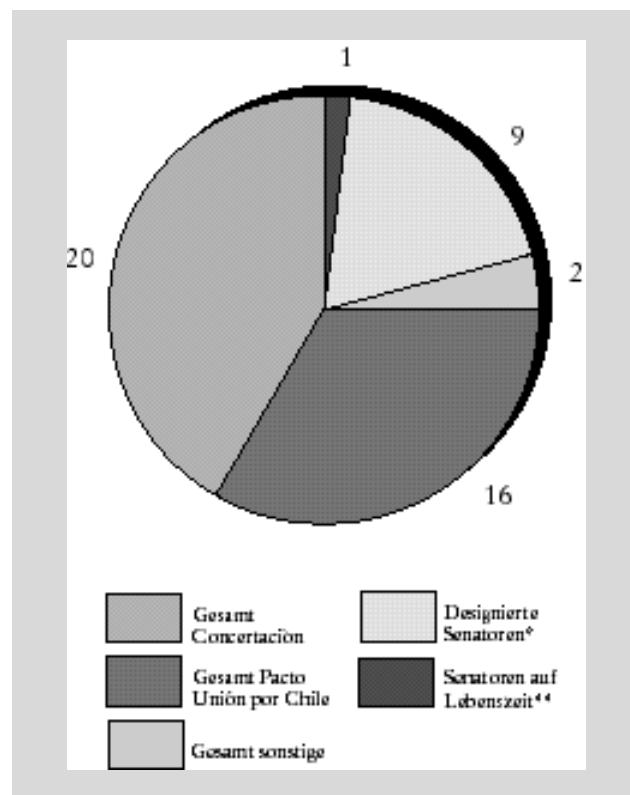
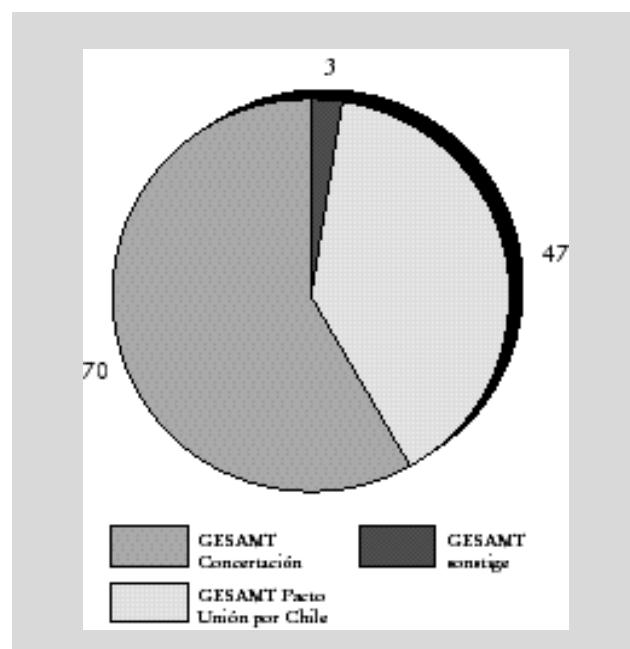
	Senadores			Diputados		
	alt (1993)	neu (1997)	Differenz	alt (1993)	neu (1997)	Differenz
Concertación						
PDC	13	14	1	35	39	4
PPD	2	2	0	16	16	0
PS	5	4	-1	15	11	-4
PRSD	1	0	-1	2	4	2
Unabhängige Concertación	0	0	0	0	0	0
Gesamt Concertación	21	20	-1	68	70	2
Pacto Unión por Chile						
RN	11	7	-4	31	23	-8
UDI	3	5	2	14	17	3
Partido del Sur	0	0	0	0	1	1
Unabhängige Pacto Unión por Chile	1	4	3	4	6	2
Gesamt Pacto Unión por Chile	15	16	1	49	47	-2
PC	0	0	0	0	0	0
Partido Humanista	0	0	0	0	0	0
UCCP	1	1	0	0	1	1
Unabhängige/sonstige	1	1	0	3	2	-1
Gesamt sonstige	2	2	0	3	3	0
Designierte Senatoren*	8	9	1	-.-	-.-	-.-
Senatoren auf Lebenszeit**	0	1	1	-.-	-.-	-.-
Gesamt	46	48	2	120	120	0

■ Sitzverteilung des chilenischen Parlaments

* werden 15 Tage nach der Wahl ernannt

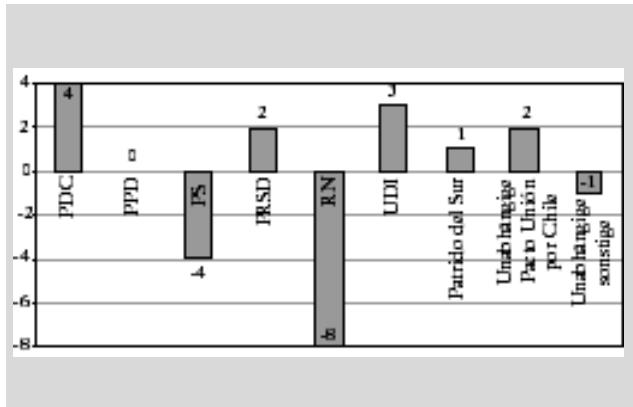
** trifft nach gegenwärtiger Rechtslage nur auf Augusto Pinochet zu

I Grafik 5: Sitzverteilung in beiden Kammern des Kongresses



* werden 15 Tage nach der Wahl ernannt

** trifft nach gegenwärtiger Rechtslage nur auf Augusto Pinochet zu



Grafik 6
Gewinn-/Verlust-Rechnung
Sitzverteilung Cámara de
Diputados

Was einzelne Wahlergebnisse angeht, seien hier die jeweils zehn meistgewählten Senatoren und Abgeordneten genannt:

	Name	Partei	Prozent	Name	Partei	Prozent
	Senatoren			Abgeordnete		
1	Gabriel Valdés	PDC	43,16	Guido Girardi	PPD	65,94
2	Jorge Pizarro	PDC	38,31	Nelson Avila	PPD	58,47
3	Mariano Ruiz-Ezquide	PDC	35,77	Juan Letelier	PS	57,59
4	Carmen Frei	PDC	35,07	Sergio Aguilo	PS	52,06
5	Mario Ríos	RN	31,69	Maria Cristi	RN	50,86
6	Hosain Sabag	PDC	31,34	Jaime Naranjo	PS	50,24
7	José Ruiz di Giorgio	PDC	30,64	Francisco Huenchumilla	PDC	48,50
8	Jose Viera-Gallo	PS	30,19	Juan Coloma	UDI	47,56
9	Sergio Paez	PDC	28,41	Rosauro Martínez	Unabn.	46,21
10	Andrés Zaldívar	PDC	27,80	René García	RN	45,58

Bewertung und Interpretation im politischen Kontext

Die Ergebnisse dieser Parlamentswahl sind im Kontext der weiter oben beschriebenen Herausforderungen und aktuellen politischen Lage in vielerlei Hinsicht aufschlußreich.

a) Wahlbeteiligung

Der besorgniserregendste Trend bei dieser Wahl waren sicherlich die hohe Wahlenthaltung und die gestie-

gene Zahl der Protestwähler. Wenn man zu den nicht eingeschriebenen rund 1,5 Millionen theoretisch Wahlberechtigten (s. Tabelle 2) die 1.105.213 Wähler, die zwar eingeschrieben und wahlberechtigt waren, aber nicht zur Wahl erschienen sind, hinzuzählt, kommt man insgesamt auf eine Wahllenthaltung von 27,57 Prozent. Hinzu kommen die 17,77 Prozent (diputados) bzw. 16,95 Prozent (senadores) ungültige bzw. nicht ausgefüllte Stimmen, die im wesentlichen als Protestwähler eingestuft werden können. Damit kommt man insgesamt auf gut 45 Prozent theoretisch wahlberechtigter Chilenen, die sich entweder gar nicht für die Wahl interessieren oder in den vertretenen Parteien und Kandidaten keine sinnvolle Option sehen. In gewisser Weise können die leichten Stimmengewinne der Humanistischen Partei und der Kommunistischen Partei auch dem Protestwählerpotential zugerechnet werden (da hier auf Grund des Wahlsystems keine echte Regierungsalternative möglich war).

Mit der Konzentration der nicht eingeschriebenen Wähler im Segment der jungen Menschen stellt sich so durchaus die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des aktuellen politischen Systems, auf die die politischen Akteure, Parteien und Regierung reagieren müssen.

Der oben erwähnte Trend weg von der parteipolitischen Identität und hin zu einer extrem personenbezogenen Strategie der Parteien darf hinsichtlich seiner Konsistenz auch angezweifelt werden.

Es ist vielmehr offensichtlich, daß es den politischen Parteien nicht gelungen ist, klare Zukunftsperspektiven und konkrete Lösungsansätze für die schwelenden und drängenden Probleme im sozialen Bereich anzubieten, was die Wähler bei dieser Gelegenheit mehrheitlich durch Abwesenheit bzw. Proteststimmen quittiert haben.

b) *concertación*

Der leichte Rückgang, den die *concertación* gegenüber der Wahl 1993 erfahren hat, kann wohl dem natürlichen Verschleiß nach acht Jahren Regierung zugeschrieben werden. Alle führenden Politikern der *concertación* einschließlich des Staatspräsidenten Frei äußerten ihre Befriedigung über das Gesamtergebnis. Wichtig war sicherlich ein Ergebnis oberhalb der

50-Prozent Marke, was, wenn auch knapp, erreicht wurde.

Innerhalb der *concertación* werden jedoch wichtige Unterschiede klar. Auf der Gewinnerseite stehen PPD und PS, die ihr Ergebnis prozentual halten konnten. Bei der Sitzverteilung hingegen ist der PS als Verlierer einzustufen, da ein Senats- und vier Abgeordnetensitze verloren gingen. Auffallend ist in diesem Sinne auch die Tatsache, daß unter den zehn meistgewählten Abgeordneten die ersten vier Mitglieder des PPD/PS sind (s. Tabelle 7).

Prozentual hat die PDC einen deutlichen Einbruch erlitten. Mit - 4,14 Prozent konnte der einangs erwähnte Abwärtstrend nicht abgefangen werden, es zeichnet sich vielmehr hier eine Beschleunigung ab. Gemildert wird dieses Ergebnis lediglich durch das nummerisch sehr gute Abschneiden bei der Sitzverteilung: Bei der PDC sind alle zehn aufgestellten Senatoren gewählt worden (dabei sind acht PDC-Senatoren unter den zehn meistgewählten, darunter die ersten vier Plätze, siehe Tabelle 7) und bei den Abgeordneten konnten zwei bzw. vier¹⁹⁾ hinzugewonnen werden. Dieser scheinbare Widerspruch zwischen prozentualen Stimmenanteil und gewählten Abgeordneten ist wiederum Ergebnis des binominalen Wahlrechts.

Psychologisch wichtig und realistisch kaum zu erwarten war der Sieg Rafael Morenos gegen Anselmo Sule des PRSD als Senator der VI. Region auf der einen Seite, problematisch und nicht ganz unerwartet auf der anderen Seite die Niederlagen von Mariana Aylwin in La Florida und Juan Carlos Latorre in Las Condes, wodurch erfahrene und engagierte Abgeordnete der PDC verloren gingen.

Was die mit der Wahl im Vorfeld immer wieder angesprochene Vorentscheidung für die Optionen als Präsidentschaftskandidat einzelner PDC-Politiker angeht, so hielten sich die Einzelergebnisse im Rahmen dessen, was realistisch erwartet werden konnte. Die vergleichsweise besten Ergebnisse erzielten Gabriel Valdés mit 43,16 Prozent (Sieger seines Wahlbezirkes) und Andrés Zaldívar mit 27,80 Prozent (Sieger seines Wahlbezirkes), während die Ergebnisse von Enrique Krauss mit 28,88 Prozent (zweiter hinter Alberto Cardemil-RN) und Alejandro Foxley mit 24,42 Prozent (zweiter hinter Carlos Bombal-UDI)

19) Ursprünglich wurden bei der Wahl 1993 37 PDC-Abgeordnete gewählt. In der Zwischenzeit kam es jedoch zu zwei Parteiaustritten, so daß die PDC gegenwärtig 35 Abgeordnete hat. Letztere Zahl wird bei den Kalkulationen von Gewinnen und Verlusten zu Grunde gelegt.

- 20) Im Vergleich zu den noch im November veröffentlichten Umfragen z.B. von ADIMARK, die Foxley als klaren Sieger seines Wahlbezirkes sahen.

etwas hinter den Erwartungen²⁰⁾ zurückblieben. Das Rennen zwischen diesen vier potentiellen Kandidaten (zu denen noch Jaime Ravinet als Bürgermeister des Distriktes Santiago Centro) zu zählen ist, ist demnach auch nach diesen Wahlen noch völlig offen.

Für das koalitionsinterne Kräfteverhältnis, von führenden PDC-Politikern vor der Wahl ebenfalls als Gradmesser für die Präsidentschaftskandidatur beschworen, ist festzustellen, daß nunmehr PPD/PS prozentual an der PDC vorbeizogen sind und somit Ricardo Lagos zu den Gewinnern (obwohl nicht unmittelbar beteiligt) der Wahl zu zählen ist.

Die Sitzverteilung in beiden Kammern ist unterschiedlich zu bewerten: Während die *concertación* ihre ohnehin bequeme Mehrheit bei den Abgeordneten noch einmal leicht ausbauen konnte, ist die Lage im Senat nun noch komplizierter als vorher. In der Bilanz hat die *concertación* nicht nur einen Sitz abgeben müssen, sie wird nun auch gegen einen weiter rechts stehenden Senat (Gewinne der UDI, Verluste der RN) und in einem zahlenmäßig ungünstigeren Verhältnis agieren müssen, was die Reformbemühungen der Regierung weiter erschweren wird.

c) Opposition

Innerhalb der Opposition ist der vor der Wahl von einigen Experten befürchtete Rechtsruck eingetreten. Prozentual hat sich die RN zwar halten und die UDI 'nur' 2,32 Prozent zulegen können, bei der Sitzverteilung sind die Verschiebungen jedoch weit aus deutlicher: Die RN verlor insgesamt acht Sitze bei den Abgeordneten und vier Sitze im Senat, die UDI gewann drei Abgeordnete und zwei Senatssitze hinzu. Mit der deutlichen Niederlage von Andrés Allamand (RN) in Santiago Oriente gegen Carlos Bombal (UDI) und dem unerwarteten Sieg des UDI-Vorsitzenden Jovino Novoa um den Senatssitz in Santiago Oriente gegen Fantuzzi (RN) wurden zudem zwei der vier wichtigsten Senatssitze Chiles (die anderen beiden gingen an die PDC) gewonnen und mit der Niederlage Allamands als Vertreter des liberalen und gemäßigten Flügels der RN wurde auch diese Linie deutlich geschwächt.

Joaquín Lavín ist durch den deutlichen Sieg der UDI indirekt auch gestärkt worden und kann damit auch, ähnlich wie Lagos, als einer der 'indirekten'

Sieger gelten²¹⁾, da die Präsidentschaftsambitionen von Allamand ebenfalls vorläufig als beendet gelten dürfen.

d) Regierung

Für die Regierung ist das Ergebnis, trotz des leichten prozentualen Rückgangs insgesamt eine Bestätigung ihrer Politik. Kompliziert dürfte allerdings, wie schon erwähnt, die Zusammensetzung des Senates (48 Senatoren) für die verbleibende Regierungsperiode bis zu den Wahlen im Dezember 1999 werden. Die Regierung wird sich in Zukunft lediglich auf die 20 der *concertación* angehörenden und die zwei vom Präsidenten zu ernennenden designierten Senatoren stützen können. Dies reicht jedoch für keine der von der Verfassung vorgeschriebenen Mehrheiten:

- Gesetzesänderungen mit qualifiziertem Quorum: absolute Mehrheit (25 Senatoren)
- erweiterte Gesetzesänderungen: 4/7 Mehrheit (27 Senatoren)
- allgemeine Verfassungsänderung: 3/5 Mehrheit (29 Senatoren)
- besondere Verfassungsänderung: 2/3 Mehrheit (32 Senatoren)

Damit sind weitere Reformvorhaben der Regierung, u.a. die Wiedervorlage zur Abschaffung der designierten Senatoren, komplizierter und unwahrscheinlicher denn je geworden.

■ Ausblick

Das allgemeine Bild Chiles als dynamischer ‘Tiger-nation’ mit einem funktionierenden demokratischen System hat, bei näherer Betrachtung, einige empfindliche Kratzer und erlaubt durchaus Zweifel hinsichtlich der Nachhaltigkeit des Wirtschaftsmodells und der Reformfähigkeit des politischen Systems.

Der konsequent marktwirtschaftlich-liberale wirtschaftspolitische Kurs ohne entsprechende sozialpolitische Gegengewichte wird über kurz oder lang den sozialen Sprengstoff weiter vermehren. Daran ändern auch die im lateinamerikanischen Ausland so eifrig nachgeahmten Modelle der Sozialversicherung (AFP) nichts, die letztlich in erster Linie individuelle Sparmodelle und keine Sozialversicherungsmodelle mit Solidarcharakter sind. Nicht umsonst gehört Chile in die (traurige) Spitzengruppe der Länder mit den

21) Da auch er nicht unmittelbar zur Wahl stand, wenn er auch als ‘Werbefigur’ auf zahlreichen Plakaten von UDI-Kandidaten vertreten war.

größten sozialen Ungleichgewichten; und dies nicht nur in Lateinamerika, sondern weltweit.

Die ökologischen Folgen einer z.T. indiskriminierten Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ist ein weiteres Element, welches die Nachhaltigkeit des Modells in Frage stellt.

Politisch ist das demokratische Fundament in der chilenischen Gesellschaft sicherlich fest verankert. Allerdings zeigen die steigende Zahl der Wahlenthaltungen und Protestwähler, daß sich auch hier eine Tendenz ins Negative entwickelt, die von allen politischen Akteuren und Parteien sehr ernst genommen werden und auf die mit intensiverer Kommunikation und konkreten Politikvorschlägen geantwortet werden muß.

Die sogenannten „autoritären Enklaven“ der Pinochet-Diktatur, zum einen in der gültigen Verfassung von 1980 verankert, zum anderen erkennbar an den wenig öffentlich diskutierten aber nachhaltigen Auswirkungen dieser Diktatur auf Verhaltensweisen und Denkstrukturen in der chilenischen Gesellschaft, haben Langzeitwirkung und schränken die tatsächlichen Reformmöglichkeiten der Regierung ein ums andere Mal entscheidend ein. Dies wird durch die neue Sitzverteilung im chilenischen Senat noch weiter verschärft.

Die politischen Parteien befinden sich – wie weltweit zu beobachten – auch in Chile in einer Orientierungs- und Legitimationskrise. Ihr Anspruch, die Interessen der Bevölkerung zu artikulieren, findet v. a. bei der jungen Generation immer weniger Widerhall. Die Tatsache, daß sich 1,5 Millionen Jugendliche erst gar nicht in die Wahlregister haben einschreiben lassen, unterstreicht die Krise der Politik, ihrer Institutionen und Vertreter.

Gleichzeitig liegt hier jedoch eine, wenn nicht die entscheidende Herausforderung für die am politischen Geschehen Beteiligten. Von der Fähigkeit, die Bevölkerung von der Problemlösungsfähigkeit der Parteien und der demokratischen Institutionen zu überzeugen und eine politische Vision langfristiger Natur zu entwickeln, wird wesentlich die Zukunftsfähigkeit des demokratischen Systems in Chile abhängen.

Die nächste große Herausforderung in diesem Kontext sind die Präsidentschaftswahlen 1999, die

ihren Schatten bei dieser Parlamentswahl mehr als deutlich voraus geworfen haben. Es stehen in den Parteien, v.a. in der PDC und den Parteien der rechten Opposition, spannende und schwierige Monate an, bei denen die Kandidatenfrage geklärt werden muß. Stil und Verfahren dieser Vorentscheidungen werden weiter das Bild der politischen Parteien in der Öffentlichkeit prägen, so daß hier Chancen und Risiken zugleich liegen.

Der bei den Parlamentswahlen erkennbare Trend des gestiegenen Desinteresses auf der einen Seite und eine gewisse Polarisierung (durch die Schwächung der politischen Mitte, d.h. PDC und gemäßigte RN und die Stärkung der UDI und der linken Parteien) des politischen Spektrums auf der anderen Seite sind Phänomene, die aus der Sicht des Autors besorgniserregend sind, da sie langfristig keine Stabilität suggerieren.